

«Ein Plastikverbot wie in der EU ist wirkungsloser Aktionismus»

Der Nationalrat will den Verbrauch von Plastik einschränken. Der Ständerat wählt einen anderen Weg – und bekommt Applaus von einem Umweltfachmann.



Das EU-Parlament will Wegwerfplastikartikel per 2021 verbieten. Schweizer Städte ziehen nach. Das Parlament schlägt nun einen anderen Weg ein. Bild: Keystone

[Claudia Blumer](#)

Inlandredaktorin

[@claudia_blumer](#) 18.06.2019

Das Problem ist bekannt. Doch wie dagegen vorgehen? Jährlich werden in Europa 25 Millionen Tonnen Kunststoffabfälle produziert, rund 8 Millionen gelangen in die Weltmeere. Auch im Boden und in der Luft lagert sich das Plastik ab sowie in unseren Körpern. Was es dort anrichtet – darüber fehlten Wissen und Daten weitgehend, schrieb der Bundesrat in seiner Antwort auf eine Motion der nationalrätlichen Umweltkommission.

Das EU-Parlament ist in diesem Thema vorausgegangen: Womöglich sind in EU-Ländern Plastikwegwerfartikel wie Röhrli, Teller und Besteck schon ab 2021 verboten. Schweizer Städte ziehen nach, so planen etwa Neuenburg und Genf die Einführung eines Röhrli-Verbots. Bundesrat und Parlament ringen seit Monaten mit der Frage, wie auf Bundesebene mit dem Plastikproblem umzugehen sei. Nun zeichnet sich eine Strategie ab: Der Bundesrat soll prüfen, wie die Umweltbelastung durch Kunststoffe umfassend und effizient gelindert werden kann. Dies hat der Ständerat am Dienstag diskussionslos beschlossen.

«Reduktion greift zu kurz»

Der Nationalrat hatte eine Strategie nach dem Vorbild der EU vorgeschlagen: Die Verwendung von Plastikverpackungen und Einwegprodukten solle erheblich reduziert

werden, schlug die Umweltkommission (Urek-N) letzten Herbst vor und reichte eine Kommissionsmotion ein. Der Bundesrat war dagegen. Dieser Ansatz greife zu kurz, schrieb die Landesregierung in ihrer Antwort. Nicht in erster Linie Einwegartikel seien das Problem. Andere Dinge würden die **Umwelt** um Faktoren stärker belasten, etwa der Pneuabrieb auf der Strasse, die Abnutzung der Strassensignalisation, Zigarettenstummel oder die Mikrofasernutzung beim Waschen synthetischer Kleider. Wenn man gegen die Plastikbelastung in Gewässern und in der Luft vorgehen wolle, müsse man eine umfassende Strategie wählen. Die Urek des Ständerats formulierte darum den Motionstext um, das Plenum stimmte dem zu. Neu wird nicht mehr nur auf Plastikprodukte fokussiert, sondern das Spektrum der möglichen Massnahmen wird geöffnet.

In der Fachwelt erhält der neue Ansatz Zuspruch: «Den überarbeiteten Motionstext kann ich voll unterstützen», sagt Rainer Bunge, Professor für Umwelttechnik an der Hochschule Rapperswil. Ein Verbot oder eine Einschränkung des Plastikverbrauchs sei wirkungsloser Aktionismus. Gut für die Volksseele, aber im Sinne der Problemlösung ineffizient. Der Grund: Die Umwelt werde mitunter dort am meisten belastet, wo man es am wenigsten vermute. So gelten neben Littering und ins Ausland transportierte Plastikabfälle, die dort unsachgemäss endgelagert werden, zwei weitere Punkte als grösste Gefahrenquelle: Grünabfälle, in denen mehr Plastik zu finden sei, als man sich vorstellen könne, sagt Rainer Bunge. Und dann der Abrieb von Autoreifen und Schuhsohlen auf der Strasse.

Es geht nur mit Gummisohlen

Das zeigt auch die Studie «Kunststoffe in der Umwelt – Mikro- und Makroplastik» von Mitte 2018 des deutschen Fraunhofer-Instituts: Zu den wichtigsten Plastikimmissionsquellen gehören Abrieb von Reifen, Schuhsohlen, Asphalt und Fahrbahnmarkierungen, Kunststoff in Kompost oder Deponien, Verwehungen von Plastikabfall auf Sportplätzen sowie der Faserabrieb bei der Textilwäsche.

In vielen Punkten seien die Handlungsmöglichkeiten der Konsumenten beschränkt, sagt Rainer Bunge. Wenn ein Auto bremsen können soll, dann braucht es Gummireifen, die auf der Strasse halten. Dasselbe gelte für Schuhsohlen. Wenn der Einzelne wirkungsvoll etwas gegen die Plastikbelastung tun wolle, dann soll er Abfälle vom Boden auflesen, zum Beispiel am Strand, und selbst natürlich nichts unsachgemäss wegwerfen. Der Staat sollte Littering mit saftigen Bussen ahnden, sagt Rainer Bunge. Eine Einschränkung der Plastikproduktion oder gar ein Verbot, wie es die EU plant, erachte er hingegen als zu eng gefasst und daher wirkungslos. (Redaktion Tamedia)

Erstellt: 18.06.2019, 18:23 Uhr